200 170 140 120 100 85 DIN 19 051

SONDERDRUCK

WILLY BRANDT

POLITIK FÜR DEUTSCHLAND

REDE AUF DEM PARTEITAG DER SPD IN HANNOVER

AM 25. NOVEMBER 1960

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Parteivorstand
Bibliothek
A28719
Cp
III, 19

Inhalt

Willy Brandt: Politik für Deutschland Seite 3

Der Appell von Hannover Seite 26

Pressestimmen zum Parteitag Seite 29

Zunächst möchte ich ein Wort aufrichtigen Dankes an die Delegierten dieses Parteitags sagen, ein Wort des Dankes auch all den Freunden, die mir in den vergangenen Monaten und in diesen Tagen aus allen Teilen Deutschlands so viele Zeichen der Verbundenheit übermittelt haben.

Einen besonderen Dank schulde ich Carlo Schmid. Ich habe mich darüber gefreut, was dieser Meister des Wortes zur Sache und über mich gesagt hat, und ich darf stolz darauf sein, daß er es als guter Freund übernommen hat, in diesem Kampf an meiner Seite zu stehen und mich als Vormann unserer Mannschaft zu vertreten.

„Ich werde meine Pflicht tun"

Ich empfinde die hohe Ehre und die schwere Bürde, die sich mit dem mir ausgesprochenen Vertrauen für diese Aufgabe verbinden. Ich werde meine Pflicht tun, wie es unsere politische Gemeinschaft und weite Kreise unseres Volkes von mir erwarten, und mehr. Von dieser Stelle aus verspreche ich, daß ich alles tun werde, was in meinen Kräften liegt, um im nächsten Jahr den Wahlsieg zu erringen, um eine neue Bundesregierung zu bilden, um für unser Volk eine Politik neuen Stils zu gestalten, eine Politik des sachlichen Ausgleichs und der ehrlichen Zusammenarbeit.

Ich werde nicht verleugnen und nicht vergessen, daß es diese Partei ist, die mir die Aufgabe gestellt hat, aber ich sage ebenso offen, daß die Richtschnur meines Handelns das Gewissen sein wird, das nur dem Ganzen verpflichtet sein kann. Ich bin der Kandidat dieser Partei für ein Amt, dessen Inhaber die Richtlinien der Politik bestimmt und dem ganzen Parlament und damit dem Volk verantwortlich ist.

Es ist vielleicht nicht populär, wenn ich hier erkläre, daß ich nicht einfach nur Willensvollstrecker der Partei sein kann, sondern daß ich nach ernsthafter Überlegung in eigener Verantwortung jene Entscheidungen werde treffen müssen, die im Interesse unseres Volkes erforderlich sind. Aber ich weiß, daß die Sozialdemokratische Partei, deren Vertrauen ich habe, mir die Freiheit der Entscheidungen gewähren wird, die dieses Amt nach dem Grundgesetz braucht.

Liebe Freunde! Ich verbürge mich dafür, daß es in der vor uns liegenden schweren Auseinandersetzung weder am Willen zur Führung noch an der Bereitschaft zur Zusammenarbeit fehlen wird. Entschlossenheit und sachliche Härte sind nicht Eigenschaften, die ich irgend jemandem zum Vorwurf mache. Wir haben einen schweren Kampf vor uns; dazu brauche ich euer aller Hilfe. Ohne die Mitarbeit jedes einzelnen werden wir es nicht schaffen. Der Erfolg kommt nicht von selbst.

A28719 PV 11739
Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

Alle sollen mitarbeiten

Die führenden Repräsentanten unserer Politik in der Bundes- und in der Landespolitik, in den Städten und Gemeinden, alle, die sich auf Vertrauen stützen und über Sachverstand verfügen, alle sind aufgerufen, ihren maßgeblichen Beistand zu leisten. Was heute hier eben bestätigt wurde, kann gewiß nicht den Sinn haben, daß sich irgend jemand von seiner Verpflichtung und Verantwortung entbunden fühlt. Ich bitte um diese Mitarbeit, aber ich erwarte auch, daß jeder mit der Hingabe seine Pflicht tut, wie ich das für die Mannschaft und für mich verspreche, und ich fürchte, ich werde zuweilen von uns allen noch mehr als die Pflicht verlangen müssen. Es ist noch nie etwas Großes erreicht worden ohne die Bereitschaft, auch Opfer zu bringen. Wir werden manchen Wunsch aufgeben, manche Forderung zurückstellen und manche Vorstellung einmotten müssen. Wir haben weder alles aufzuarbeiten, was seit den Tagen August Bebels ansteht, noch können wir vorwegnehmen wollen, was in kommenden Jahrzehnten auf uns zukommen mag. Bei den Wahlen zum Bundestag geht es allein darum, wer in den kommenden vier Jahren die Regierungsverantwortung trägt und sich dann erneut dem Votum der Wähler stellt.

Die Partei hat heute nicht die Aufgabe, zu philosophieren, sondern klar und hart und realistisch zu sagen, was sie für unser Volk in der Welt von heute tun wird. Dabei werden uns unsere Grundüberzeugungen leiten, aber jetzt geht es um die unmittelbar vor uns liegende Aufgabe. Für diese Aufgabe haben wir zu wirken, nur für diese Aufgabe haben wir um das Vertrauen des Volkes zu bitten.

Es gibt keine Partei, in der offener als bei uns um Wege und Meinungen gerungen werden kann; aber es wird in diesen vor uns liegenden Monaten auch keine Partei geben, die geschlossener und einmütiger sein kann als wir! Mehr denn je gilt der Satz Kurt Schumachers, daß es gleichgültig sei, ob jemand aus der Welt des wissenschaftlichen Sozialismus, aus der Welt des Humanismus oder aus dem Geist der Bergpredigt zu uns kommt, und ich füge hinzu: die Freiheit des Geistes, die Unabhängigkeit des Denkens sind heute nirgendwo besser aufgehoben als bei uns!

Die moderne deutsche Sozialdemokratie ist in der Lage, Unterschiedlichkeiten und Gegensätze in unserem Volk in sich selbst auszugleichen. Wir wissen aber auch noch besser als früher, daß „die Freiheit wovon" ergänzt werden muß durch „die Freiheit wofür".

Wir werden alle unsere Kräfte zusammenfassen und alle unsere Energien ausschöpfen. Wir werden jeden unnötigen Reibungsverlust vermeiden; und ich sage nach manchen Presseerörterungen dieser Tage, daß ich mich darin

einig weiß mit dem Vorsitzenden unserer Partei, Erich Ollenhauer, und mit Herbert Wehner und mit Waldemar von Knoeringen. Wir dürfen keiner Verantwortung entsagen und werden zu führen haben, wo geführt werden muß. Wir müssen eine Sprache sprechen und dürfen uns von den durch uns bestimmten Themen nicht abbringen lassen, auch wenn sich unsere Widersacher noch so sehr darum bemühen, uns auf ihnen genehme Nebengleise abzudrängen. Die Offenheit unseres Denkens verbindet sich mit der Geschlossenheit unseres Handelns. Wir werden einen Wahlkampf aus einem Guß führen und werden uns das Gesetz des Handelns nicht aufdrängen lassen.

Regierungsprogramm im Frühjahr

Jeder zu seiner Zeit. Heute zeichnen wir die Konturen, im Frühjahr werden wir ein Regierungsprogramm vorlegen, das es keiner demokratischen Partei möglich machen wird, zu erklären, mit der deutschen Sozialdemokratie könne man auf keinen Fall zusammenarbeiten. Wer die Regierungsgeschäfte übernehmen will, muß sagen, wie er die Dinge gestalten und welche Aufgaben er in den Vordergrund rücken will. Dazu werde ich mich heute äußern. Im Regierungsprogramm werden wir positiv und detailliert sagen, wie wir es machen — und besser machen — wollen.

Ich appelliere an die Partei, das Äußerste zu tun, und ich bitte unsere Mitbürger, mir zu helfen, denn ich habe die Sorge, daß unser Volk stehenbleiben könnte und damit den Zug nicht erreichen würde, der in eine gute Zukunft führt. Unserer Kinder wegen dürfen wir nicht stehenbleiben, dürfen wir den Anschluß nicht verpassen.

Liebe Freunde! Der Kanzlerkandidat der deutschen Sozialdemokraten wird sich auf mancherlei Anfeindungen gefaßt machen müssen. Ich habe bereits einen kräftigen Vorgeschmack von der schmutzigen Brühe bekommen, die man zusammenbraut. Aber ich sage: Die persönlichen Angriffe sind kein Zeichen von Stärke, sie zeugen von Nervosität!

Zunächst ist die Frage aufgeworfen worden, ob ich es in der kritischen Zeit auf mich nehmen könne, neben meiner Berliner Aufgabe für das Amt des Bundeskanzlers zu kandidieren.

Ich denke nicht im Traum daran, mich von Berlin trennen zu lassen. Auch in Zukunft werde ich, wann immer es die Situation erfordert, in Berlin sein. Meine Berliner Mitbürger wissen das auch. Ich werde die Verantwortung für mein Amt während des Wahlkampfes mindestens ebenso gewissenhaft erfüllen, wie der gegenwärtige Bundeskanzler seine Pflichten mit den Erfordernissen des Wahlkampfes verbindet!

Stolz auf Lehr- und Wanderjahre

Am wenigstens habe ich es nötig, mich etwa deswegen zu rechtfertigen, daß ich schon in jungen Jahren ein konsequenter Gegner jenes Regimes gewesen bin, das uns den Terror und den Krieg brachte und das den schlimmsten nationalen Verrat bedeutete.

Ich schäme mich für jenen Ministerpräsidenten im deutschen Norden, der diesen Tatbestand verwirren möchte.

Ich bin stolz auf meine Lehr- und Wanderjahre im skandinavischen Norden, die mir Erfahrungen brachten, von denen ich wenig ahnte, als ich mit 19 Jahren die Heimat verlassen mußte. Von dort habe ich nicht nur bewährte Freundschaften mitgebracht, sondern auch Einsichten, wie man einen Rechtsstaat umgestaltet in eine wahre Heimstätte des Volkes.

In einer gesteuerten Flüsterpropaganda wird daran herumgeheimnist, daß ich nicht als Willy Brandt geboren wurde und wohl etwas zu verbergen habe. Nun, es stimmt, daß ich „erst" seit 20 Jahren Willy Brandt heiße. Ich habe daraus keinen Hehl gemacht. Ich habe meinen Namen beibehalten, weil ich mich ausdrücklich zu dem bekennen wollte, was ich getan, gesagt und geschrieben habe, seit ich erwachsen bin. Als Journalist und Schriftsteller habe ich mir in all diesen Jahren meinen Namen erworben, und ich wollte davon nicht weglaufen. Ich habe nichts zu verbergen. Mit meinem Geburtsnamen und dem Namen meiner damals unverheirateten Mutter verband mich, als ich nach Deutschland zurückkehrte, wenig mehr als die Erinnerung an eine nicht ganz leichte Kindheit. Das mag vielen ungewöhnlich erscheinen und ist es wohl auch. Aber es hat niemand das Recht, mir meine Ehre streitig zu machen.

Liebe Freunde! Ich habe kein einfaches Leben hinter mir. Meinen Weg habe ich mir durchweg selbst ebnen und ich habe viel lernen müssen. Ich glaube, daß wir alle noch immer hinzulernen müssen. Bewahren wir uns die Fähigkeit, keiner sollte zu alt dazu sein.

Schüler und Freund von Ernst Reuter

Was die übrige Flüsterpropaganda angeht, so handelt es sich durchweg um Verleumdungen, die, welch ein Zufall, im Jahr bevor ich Regierender Bürgermeister wurde, schon einmal kolportiert wurden und den Giftmischern damals auch nichts geholfen haben. Damals begann die Kampagne bei den Kommunisten. Damals sind die Verleumder gerichtlich belangt worden. Das sollte reichen, zumal den Herren inzwischen nichts Neues eingefallen ist.

Jedermann kann sich davon überzeugen, was ich in den vergangenen schweren Jahren, noch vor der Blockade Berlins, an diesem gefährdeten Punkt des freien Deutschland getan habe. Und ich bin stolz darauf, daß ich mich einen Schüler und Freund unseres unvergessenen Ernst Reuter nennen darf. — Wenn Schmutz das einzige Argument ist, mit dem man uns beizukommen hofft, dann bin ich beruhigt, denn es gibt Anstand in unserem Volk, und ich weiß, wie die Antwort aussehen wird.

Wer im übrigen glaubt, ich würde mich in den Vorgefechten oder auch im eigentlichen Wahlkampf durch Antworten auf unsachliche oder heimtückische Angriffe ablenken oder verschleißen lassen, irrt absolut. Diese Sorte von „Strategen" wird zur Kenntnis nehmen müssen, daß ich starke Nerven habe und ein gutes Gewissen! Damit ist dieses Thema für mich abgeschlossen.

Werte Anwesende! Der „Appell von Hannover", den uns Carlo Schmid hier vorgetragen hat, zeigt, auf welchem Wege wir vorangehen wollen. Er konnte im Geist unseres Godesberger Programms erarbeitet werden.

Wenn es draußen den einen oder anderen gibt, der glaubt, nicht auf der Grundlage des Godesberger Programms mit uns zusammenwirken zu können, dann möchte ich herzlich bitten, daraus die Konsequenz zu ziehen und uns in der vor uns liegenden Auseinandersetzung nicht unnötig zu belasten. Es ist besser, wenn wir auf des einen oder anderen aktive Unterstützung zeitweilig verzichten, als daß man uns Widersprüchlichkeit oder gar Doppelzüngigkeit vorwerfen kann.

Nachdem nun der „Appell von Hannover" die Zustimmung des Parteitages gefunden hat, wird es darauf ankommen, ihn zum „Gemeineigentum" aller unserer mehr als 650 000 Mitglieder und der vielen Freunde unserer Partei zu machen. Aber damit dürfen wir es nicht genug sein lassen. Die große Gemeinschaft der deutschen Sozialdemokraten muß sich in den nächsten Wochen darauf vorbereiten, den „Appell" im ganzen Volk bekanntzumachen, ihn in jedes Haus, an jeden Arbeitsplatz und in jede Familie zu tragen. Das müssen wir einander hier versprechen. Dabei wird es sich um eine Generalprobe handeln für das, wozu wir die Vertrauensleute, die Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratischen Partei im kommenden Jahr mehrfach werden aufrufen müssen. Es wird uns gelingen, die freiwillige Mitarbeit Hunderttausender zu mobilisieren und auch weit über die eigenen Reihen hinaus Spenden für einen erfolgreichen Wahlkampf zu erhalten.

Es gibt keinen Grund zur Selbstzufriedenheit. Wir wissen alle um die Gefahren, die uns umlauern. Wir wissen um die tödliche Bedrohung, der die gesamte Menschheit ausgesetzt ist. Wir wissen um harte Belastungen, denen unser Volk erst noch entgegengeht.

Wir stehen fest zum Westen

Aber wir kennen den Weg nach vorn. Wir wissen um die Kraft und Überlegenheit eines demokratischen Staatswesens, einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, einer vom Vertrauen getragenen Zusammenarbeit der Völker.

Darum fürchten wir uns nicht vor der Herausforderung dieser Zeit. Wir sind jeden Tag bereit, sie zu bestehen. Wir unterscheiden uns von anderen nicht dadurch, daß wir weniger entschieden sind, sondern dadurch, daß wir weniger furchtsam sind.

Unser „Appell" unterstreicht die Tatsache, daß wir fest in der westlichen Gemeinschaft stehen und am werdenden Europa mitarbeiten. Deutsche Politik heute und in den vor uns liegenden Jahren kann nur von dieser Grundlage aus gestaltet werden. Wir sind keine Wanderer zwischen den Fronten. Wir wissen, wohin wir gehören.

Der „Appell" bedeutet weiter, daß wir uns mit Stolz zu dem bekennen, was in den hinter uns liegenden Jahren als Ergebnis gemeinsamer fleißiger Arbeit in der Bundesrepublik aufgebaut und geleistet worden ist.

Vieles muß besser gemacht werden

Aber wir sollten uns nicht so viel darauf einbilden, daß wir die Mängel übersähen oder daß wir träge würden. Denn wir dürfen nicht müde und bequem werden, sondern wir müssen springlebendig bleiben. Es gilt nicht nur, das Erreichte zu sichern; vieles muß besser gemacht, muß solider und ausgeglichener und gerechter gestaltet werden als bisher.

Der „Appell von Hannover" ist ein Dokument der Zuversicht, ein Bekenntnis des Vertrauens und der Bereitschaft zum Handeln.

Liebe Freunde! Genossinnen und Genossen! Von uns aus wird es einige sehr betonte innenpolitische Schwerpunkte im Wahlkampf des nächsten Jahres geben.

Es gibt mehr oder weniger wohlmeinende Ratgeber, die uns sagen, in der Innenpolitik „stecke doch nichts drin", und die Wähler seien an den in Frage kommenden „kleinen Fragen" gar nicht interessiert.

Nun, es handelt sich in Wirklichkeit durchaus nicht um „kleine" Fragen, sondern um solche, die für das Leben unserer Menschen von ganz großer Bedeutung sind.

Drei Schwerpunkte der Innenpolitik

Wir werden es uns nicht so billig machen, allein dem privaten Wohlleben das Wort zu reden und uns einem egoistischen Materialismus zu unterwerfen. Uns geht es besonders um die Erfüllung wichtiger Gemeinschaftsaufgaben. Ich nenne drei Schwerpunkte:

> das nationale Gut der Volksgesundheit muß geschützt und erhalten werden,
>
> unsere Städte müssen erneuert, das Verkehrswesen muß auf die Erfordernisse von morgen zugeschnitten werden,
>
> die Fähigkeiten und Begabungen, unser wertvollstes Volksvermögen, müssen entsprechend den Anlagen jedes einzelnen entdeckt und gefördert werden.

Zu diesen drei Schwerpunkten ein paar Worte: Wir wissen alle, wie sehr Technik und Zivilisation die Gesundheit der Menschen bedrohen. Deshalb werden wir ein zusammenhängendes Programm vorlegen, nicht allein für medizinische Forschung und moderne Krankenhäuser, sondern vor allem auch für ausreichenden Urlaub, Erholung und Sport, Reinhaltung von Luft und Wasser.

Bei der Erwähnung des letzten Punktes mögen einige sagen, das sei nicht so wichtig. Sie irren sich. Es stört mich gar nicht, daß neuerdings auch der gegenwärtige Bundeskanzler davon spricht. Man darf aber nicht nur sprechen. Man muß mehr tun. Und man muß wissen, daß hier Milliardenlasten auf uns zukommen.

In der Zukunft werden — und das weiß der Präsident des Deutschen Städtetages und Bürgermeister der größten deutschen Stadt — Fragen der Erneuerung unserer Städte, der Ausnutzung unseres Landes und des Verkehrswesens eine ähnliche Rolle spielen wie in der Vergangenheit der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Eine solche Riesenaufgabe kann nicht ohne vorausschauendes Planen gelöst werden. Große Opfer bedarf es, um die geistigen Reserven in unserem Volk zu mobilisieren und um unsere Bildungseinrichtungen zu sanieren und auszubauen. Nur so wird unser Volk eine führende Industrienation bleiben und den Anschluß an die geistige Entwicklung in der Welt bewahren können.

Wir stehen an mehr als einem Punkt vor der Wahl zwischen öffentlichen, gemeinschaftlichen Interessen auf der einen Seite und engem Gruppendenken oder privater Bequemlichkeit auf der anderen Seite. Mit anderen Worten: Private Interessen müssen den Erfordernissen der Gemeinschaft, der wir alle zugehören, untergeordnet werden. Statt der stickigen Atmosphäre vermeint-

licher „Normalität" wählen wir die frische Luft des Fortschritts. Wir sind nicht nur ein Land der Beamten und der Kaufleute; wir sind auch ein Volk geistiger Menschen. Unsere Demokratie sollte sich nicht durch ihre Außenseiter bedroht fühlen und nicht alles zum Konformismus zwingen wollen. Meiner Überzeugung nach muß mehr freiheitlicher Geist bei uns einziehen. Allen Tendenzen bürokratischen Übermuts und obrigkeitsstaatlichen Denkens werden wir energisch entgegentreten.

In der Wirtschaftspolitik wird die Parole des gerechten Wohlstandes nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Wir sagen im „Appell", daß der Lebensstandard in den nächsten zwei Jahrzehnten — vielleicht drei Jahrzehnten, wir wollen nicht darüber streiten, was eine Generation ist — verdoppelt werden kann. Das erfordert wirtschaftliches Wachstum und gesteigerte Produktivität, und dafür werden wir sorgen. Wir wollen den Verbraucher gegen überhöhte Preise schützen. Wir wollen dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht begegnen. Wir wissen, daß eine funktionierende Wirtschaft die Basis jeden Fortschritts ist.

Der Frage einer gerechten Eigentumsbildung für alle — und das hat dieser Parteitag gezeigt — werden wir unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Hierzu haben wir Vorschläge gemacht. In Übereinstimmung mit unseren freiheitlichen Grundsätzen werden wir die vielfältigen Mittel der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik für die Eigentumsbildung breiter Schichten einsetzen.

Die stabile D-Mark, ein gesundes Preisgefüge und Maßnahmen gegen die schleichende Inflation werden Grundpfeiler unserer Wirtschaftspolitik sein; denn wir sind keine Krisenpartei, sondern eine Krisenverhütungs-Partei.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich erklären, daß wir auch keine Gewerkschaftspartei sind. Die Gewerkschaften haben unbestreitbare Verdienste um den wirtschaftlichen Aufbau und um den sozialen Status der arbeitenden Arbeitnehmer loyal und freundschaftlich zusammenzuarbeiten.

Aber die Wirtschaftspolitik wird eine sozialdemokratisch geführte Regierung nach ihren Gesichtspunkten als Zusammenfassung aller in Betracht Menschen. Wir werden immer bemüht bleiben, mit den Vertretungen der kommenden Faktoren bestimmen müssen.

Aus dem Munde mancher Bundesminister sind neuerdings Warnungen zu hören, den wirtschaftlichen Erfolg nicht zum Maß aller Dinge werden zu lassen. Das bedeutet die Aufforderung an die Menschen, nicht mehr an das zu glauben, was man ihnen bis gestern gesagt hat. Wer vom „Maßhalten" spricht, soll sich nicht an die falsche Adresse wenden und soll nicht diejenigen schulmeistern, die es auch heute noch schwer genug haben, mit ihren Familien anständig durchzukommen und für ihre Kinder zu sorgen.

Man sollte sich auch daran erinnern, daß eine egoistisch-materialistische Gleichung nicht zu moralischen Musterergebnissen führen kann.

Die Bundesrepublik hat die Demokratie nicht allein — meiner Überzeugung nach — als politischen Auftrag zu verstehen, sondern im gleichen Maße auch als eine soziale Aufgabe. Die Bundesrepublik muß zum Modellstaat entwickelt werden. Sie muß sozial unverletzlich und unangreifbar sein. Sie muß Maßstäbe setzen. Durch ihre vorbildliche soziale Wirklichkeit und die Solidität der Grundlagen muß sie einen entscheidenden Beitrag liefern zum erfolgreichen Wettbewerb mit dem Kommunismus.

Spannungen in der Gesellschaft überwinden

Eine von mir geführte Regierung wird keinen selbstgenügsamen Wohlfahrtsstaat anstreben, aber wohl einen Staat, der die soziale Demokratie nicht bloß in der guten Stube seßhaft macht. Denn noch längst nicht ist jede Not gebannt. Auf zwei Parteitagen der Unionspartei wurde das Wort von den Grenzen des Sozialstaates geprägt. Wir erklären, Wirtschaftlicher Aufstieg und sozialpolitische Aktivität sind keine Gegensätze. Die wirtschaftliche und technische Entwicklung erfordert vielmehr die stete Anpassung der Sozialpolitik an die wachsenden Lebensbedürfnisse der Menschen.

Was wir nicht wollen, ist ein schläfriger Versorgungsstaat, der den Menschen kurzerhand von der Eigenverantwortung und von der eigenen Initiative befreien möchte. Es geht darum, die durch schnelles und unorganisches Wachstum entstandenen Spannungen in unserer Gesellschaft zu überwinden.

Der Kritiker wird mir vielleicht vorhalten, die Sozialdemokraten wollen neue Aufgaben anpacken, aber sie sagen nicht, woher die Mittel dazu kommen sollen. Man wird behaupten, unsere Politik werde mehr Steuern erfordern und die finanzielle Verantwortung sei bei uns nicht gewährleistet. Lassen Sie mich hierzu drei Feststellungen machen:

Erstens ist es einfach nicht wahr, daß die Finanzmasse des Staates ein für allemal festgelegt und daß keine Mittelverlagerung von einem Gebiet auf ein anderes möglich ist. Das kann auch der schärfste Widersacher nicht guten Gewissens behaupten.

Zweitens werden wir den geringer verdienenden Gruppen unserer Bevölkerung keine vermeidbare zusätzliche Belastung zumuten. Aber ich denke nicht daran, eine Politik des billigen Jakobs zu betreiben. Wenn es des Gemeinwohls und der Erfüllung großer gemeinschaftlicher Aufgaben wegen erforderlich ist, werde ich nicht zögern, offen darüber zu sprechen, welche Mittel erforderlich sind und wie sie aufgebracht werden können.

Drittens erkläre ich in aller Form, daß wir jeder Aufblähung des Staatsapparates mit kritischer Wachsamkeit begegnen werden, daß wir eine verantwortungsbewußte Haushaltswirtschaft führen werden, daß wir die Stabilität unserer Währung mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen werden.

Es wird zu dem neuen Stil unserer Regierung gehören, die Politik als Einheit zu betrachten. Das möchte ich vorausschicken, bevor ich mich jetzt der Außenpolitik zuwende.

Die Wandlung in unserer Welt vollzieht sich in einem immer schnelleren Tempo. Die außenpolitischen Probleme der 60er Jahre werden viel schwieriger sein als die der hinter uns liegenden Zeit.

Die beiden Faktoren, die der Weltpolitik in den letzten Jahren entscheidende Impulse gegeben haben, sind die Idee der Selbstbestimmung und die explosive Entwicklung der Technik. Selbst der elementare Gegensatz zwischen Ost und West mußte sich bis zu einem gewissen Grade der Macht anpassen, mit der Naturwissenschaften und das Ende des überkommenen Kolonialismus die Welt umzuformen begannen.

Wir werden uns daran gewöhnen müssen, im Gleichgewicht des Schreckens zu leben, in einem Zustand, der weder Krieg noch Frieden ist im klassischen Sinne. Die Welt ist dabei, für diesen unheimlichen und ihr neuen Zustand auch neue politische Spielregeln zu finden. Es gibt keine Alternative, da es den Krieg nicht geben soll.

Das deutsche Volk ist durch die Schrecken des Krieges gegangen und weiß um Tod, Zerstörung und Not. Die Geißel des Krieges hat unsere Städte zerschlagen und Unzählige zu Krüppeln gemacht. Die Zerstörung von damals ist ein Kinderspiel gegen die zerstörende Kraft, über die der Mensch heute verfügt. Die Atome, ihre Spaltung oder ihre Verschmelzung — wir wissen es alle — bergen nie zuvor gebändigte Energien. Die Furcht vor dem Atomtod ist berechtigt! Der Kampf gegen die destruktive Entfesselung der Atome ist nötig.

Es hat verantwortungsbewußte Wissenschaftler gegeben, die an diesem Problem zerbrochen sind. Es hat Gelehrte gegeben, die an das Gewissen der Staatsmänner appelliert und ihr Bewußtsein für die Gefahren geschärft haben. Die Worte Albert Schweitzers sind unvergessen. Alle diese Männer waren keine Scharlatane, die uns einen Hokuspokus vorgemacht haben. Es ist eine Sünde an unserem Volke, wenn man ihm Sand in die Augen streuen und diese Gefahren verniedlichen will. Die Sozialdemokratische Partei hat es sich nicht leicht gemacht. Wir haben vor Gefahren gewarnt, die es gibt — noch heute! Wir haben diesen Kampf gegen die Gefahren

des Wettrüstens aus Überzeugung geführt und führen ihn weiter, und wer dabei nicht an unserer Seite steht, ist ein gewissenloser Wicht oder schlimmeres! Wir wissen dabei ganz genau, daß der Kampf gegen die Gefahren des Atoms das Atom nicht aus der Welt schafft. Niemand kann das Rad der Geschichte zurückdrehen und der Menschheit das Wissen aus den Gehirnen treiben, das sie sich erworben hat, das sie weiter erwerben wird und das hoffentlich nie mehr anders als bei friedlichen Vorhaben sichtbar werden wird. An der Entschleierung dieser Geheimnisse der Natur haben hervorragende Männer unseres Volkes Anteil, und wir wären weltfremd, wollten wir nicht sehen, ja, wir wären unehrlich, wollten wir nicht wünschen, daß dies auch in Zukunft so bleibt. Die Förderung der Wissenschaften, die unserem Volk das Mitspracherecht in der Welt von morgen sichert, kann nicht ein Gebiet ausschließen.

Die Politiker haben aber die Aufgabe, unseren Gelehrten die Verantwortung abzunehmen für das, was aus den Ergebnissen ihrer Arbeit gemacht wird. Ich habe einen uneingeschränkten Respekt vor jedem unserer Professoren, der die Last seines Gewissens trägt, aber es wäre unrecht, wollten wir diesen Männern auch noch die Last der politischen Verantwortung aufbürden. Es liegt bei uns allen, was wir aus dem Ergebnis unserer Arbeit machen. Es hieße, den nicht eindämmbaren Willen zu Fortschritt und Weiterentwicklung eindämmen wollen, würden wir glauben, daß es eine Welt ohne Atome noch jemals geben könnte.

Heute jedenfalls gibt es auch Atomwaffen; es gibt sie auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges. Die Nachricht, daß das kommunistische China — Fritz Erler wies darauf hin — im nächsten Jahr seine erste Atombombe ausprobieren will, macht die Weltsituation nicht einfacher. Wir haben uns mit der Tatsache auseinanderzusetzen, daß in absehbarer Zeit viele Staaten in der Lage sein werden, eigene Atomwaffen herzustellen. Ich bedaure das, aber niemand vermag das zu ändern.

In dieser Lage muß — wie es hier heute geschieht — ein klares Wort über die Stellung des Teiles unseres gespaltenen Volkes gesagt werden, der seinen Willen frei ausdrücken kann. Es gibt heute niemanden — ich hoffe, das stimmt noch —, der eine eigene Produktion von atomaren Waffen in Deutschland verlangt. Bis zur Stunde hat uns auch niemand nukleare Sprengköpfe angeboten oder von uns verlangt, wir sollten sie besitzen. Der neugewählte Präsident der Vereinigten Staaten, Kennedy, hat im Gegenteil gesagt — ich zitiere: „Weder die USA noch die UdSSR wollen, daß Atomwaffen in die Hände von zuviel anderen Nationen gelangen."

Ich lehne es im übrigen ab, jene Verniedlichung mitzumachen, die taktische Atomwaffen als eine Weiterentwicklung der Artillerie bezeichnet. Das ist

genauso richtig oder falsch, wie die erste Flinte eine Weiterentwicklung der Steinschleuder war. Ich bleibe auch dabei, daß die Bundesrepublik aus einer ganzen Reihe von Gründen sich nicht nach Atomwaffen drängen darf. Wenn die gegenwärtige Bundesregierung meint, daß die Bundesrepublik Atomwaffen braucht, dann soll sie das offen sagen; dann möge der Bundeskanzler den Mut haben, diese Atomwaffen zu beantragen. Bisher hat jedoch Verteidigungsminister Strauß offiziell stets erklärt, die Atomsprengköpfe sollten bei den Amerikanern verbleiben. Solange der Kanzler nichts anderes beantragt, ist es nichts als eine Wahlkampfmasche, auf die wir uns nicht einlassen sollten, nichts als eine Wahlkampfmasche, von der Sozialdemokratischen Partei ein Bekenntnis zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr zu verlangen.

Man soll uns nicht für dumm verkaufen wollen: Bei den Bundestagswahlen im nächsten Jahr wird nicht zwischen „Nike Ajax" und „Nike Herkules" entschieden, sondern es wird entschieden werden zwischen den alten und den unverbrauchten Kräften der deutschen Politik! Wenn die heutige Bewaffnung der Bundeswehr unzureichend ist — nach der Meinung der Bundesregierung —, so hat die Bundesregierung das zu verantworten. Die Verantwortung für den heutigen Stand der Bewaffnung der Bundeswehr hat sie bis zum Wahltag zu tragen! Und es gibt genug Klagen aus der Bundeswehr, daß die Ausrüstung schwere Mängel aufweist.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch die Frage beantworten, ob eine sozialdemokratisch geführte Regierung die Wehrpflicht abschaffen würde. Falls ich die Frage zu beantworten hätte, müßte ich sie verneinen.

Die Sozialdemokraten haben seinerzeit eine andere Wehrorganisation vorgeschlagen. So wie sich die Dinge entwickelt haben, müssen wir davon ausgehen, was ist. Das schließt nicht aus, daß wir in der weiteren Entwicklung offen sein werden für jede ernsthafte Prüfung, ob und wie wir mit abgewandelten Methoden bessere Ergebnisse erzielen können.

Im übrigen — das will ich auch sagen — gibt es Pläne und Ideen, zu denen wir verbindlich erst Stellung nehmen können, wenn wir sie kennen. Es gibt zum Beispiel die Vorstellung, daß die Nordatlantische Verteidigungsorganisation zur nuklear-strategischen Atommacht werden soll. Eine solche Konstruktion — was immer man von ihr halten sollte — würde nicht die Bundeswehr nuklear bewaffnen. Mir ist nicht bekannt, daß die Bundesregierung für einen solchen Fall meint, unsere Soldaten würden dann unzumutbar und unverantwortlich unterlegen sein, oder unsere Sicherheit wäre nicht mehr zu gewährleisten.

An der Idee einer integrierten NATO-Atomtruppe mag manches interessant sein, so sehr auch bedacht werden muß, daß der Abschreckungsfaktor der

Vereinigten Staaten nicht reduziert werden darf. Aber diese Idee steht ja noch gar nicht zur Entscheidung, und es hat nicht den Anschein, als ob es in Frankreich dafür große Sympathien gäbe. Es gibt Informationen, nach denen in Amerika erwogen wird — aus militärischen wie aus politischen Überlegungen —, das Hauptgewicht der Abschreckung auf die mit Polaris-Raketen ausgerüsteten Unterseeboote zu legen, um die politischen Komplikationen einer atomaren Bewaffnung der Kontinentalmächte zu umgehen. Auch solche Gedanken gehen nicht leichtfertig mit unserer Sicherheit um.

Abwegig und irreführend ist jedenfalls die Behauptung, wir redeten einer einseitigen Schwächung des Westens das Wort. Das ist nicht wahr! Niemand kann sich wohl fühlen im Schreckzustand des sogenannten nuklearen Gleichgewichts. Aber wir dürfen uns noch weit weniger wohl fühlen, falls der Westen nicht über seine Macht der nuklearen Abschreckung verfügte.

Strategisches Gleichgewicht ist jedoch kein Dauerzustand. Solange nicht durch allgemeine Abrüstungs- und Kontrollvereinbarungen dem Rüstungswettlauf ein Ende gemacht wird, so lange muß man damit rechnen, daß neue Entwicklungen und neue Rüstungen das Gleichgewicht gefährden können.

Der Westen muß deshalb ständig um die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts besorgt sein. Angesichts beispielsweise der angekündigten chinesischen Atombombe wird deutlich, daß in der Zukunft neue Situationen entstehen könnten, die auch auf seiten des Westens neue Entschlüsse erfordern. Man soll von Deutschland aus nicht das geringste tun, was solche Entwicklungen beschleunigen könnte. Man sollte sich aber auch den Blick auf mögliche zukünftige Entwicklungen nicht trüben. Ich verweise auf das kluge Beispiel der sozialdemokratischen Regierung unseres Freundes Tage Erlander — der ja auch zu uns gesprochen hat — aus Schweden. Nur von solcher Basis aus kann man sinnvoll über Rüstungskontrolle und Abrüstung verhandeln. Absolut verbindlich ist unsere Erklärung, daß wir treu mit allen Rechten und Pflichten zum Verteidigungsbündnis stehen und nichts tun werden, was es gefährden könnte. Das ist eine Bindung, die jeder Kanzlerkandidat für eine sozialdemokratisch geführte Regierung eingehen müßte. Sie genügt, um unseren Verbündeten für den Regierungswechsel des nächsten Jahres Klarheit zu verschaffen. Sie entspricht dem berechtigten Sicherheitsbedürfnis unseres Volkes. Sie gibt unserer Bundeswehr die Gewißheit, daß sie durch uns bestimmt nicht in die Gefahr gerät, „verheizt" zu werden. Weitere Bindungen für eine von ihm geführte Regierung wird ein Kanzlerkandidat unserer Partei auf diesem Gebiet nicht eingehen können.

Wir haben es mit dem verständlichen Wunsch unserer Widersacher zu tun, uns auseinanderzudividieren. Ich glaube nicht, daß das gelingen wird. Es

gibt eine starke Basis für eine grundsätzlich fundierte und genügend wirklichkeitsnahe Politik.

Das Problem ist, den Status quo militärisch zu fixieren, um die notwendige Bewegungsfreiheit zu bekommen für die politische Überwindung des Status quo. Wir brauchen, ohne daß es unsere Sicherheit gefährdet, Raum, um die politischen Kräfte zur Wirkung zu bringen, um den Immobilismus und den ideologischen Grabenkrieg zu überwinden. Ich weiß mich hier in Übereinstimmung mit dem neugewählten amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy.

Wir haben uns militärisch zu sichern. Wir haben uns gegen einseitige Machtveränderungen durch den Ostblock zu wehren, aber wir haben zugleich die Voraussetzungen zu schaffen für jede Auseinandersetzung, außer der des Krieges. Die Bundesrepublik muß auch auf diesem Gebiet mit der Zeit gehen. Sie darf nicht stehenbleiben; unsere Verbündeten erwarten für die neue weltpolitische Phase einen deutschen Beitrag. Wir werden ihn leisten.

Keine Furcht vor dem Kommunismus

Dabei haben wir in Berlin etwas gelernt, was der Bundesrepublik und dem Westen meiner Überzeugung nach nutzbar gemacht werden muß: Wir haben gelernt, daß wir keine Furcht mehr zu haben brauchen vor dem Kommunismus als Ideologie. Es ist wahr, seine staatliche Macht ist stark, aber ideologisch hat er nichts mehr, was es rechtfertigte, ihm in der Haltung eines hypnotisierten Kaninchens gegenüberzutreten.

Der Kreml hat aus der Tatsache des militärischen Gleichgewichts seine Folgerungen gezogen und den friedlichen Wettkampf beider Systeme verkündet. Wir werden diese Politik der „friedlichen Koexistenz" nur begreifen, wenn wir wissen, daß sie Druck, Erpressung, Sprengung aller üblichen diplomatischen und politischen Formen einschließt.

Wir müssen uns klarmachen, worauf sich die Sowjets einlassen, wenn sie den Wettkampf beider Systeme in der ganzen Welt führen wollen:

1. Der Kreml propagiert Ziele, die am Westen orientiert sind. Er hat den Unterschied im Zivilisationsgrad als Maßstab der Leistung eines Staates akzeptiert.
2. Chruschtschow hat sich damit selbst bis zu einem hohen Grade festgelegt.
3. Er hat sich mit dieser Parole — der Parole des Ein- und Überholens — auf das Gebiet begeben, auf dem der Westen am stärksten ist und die Kommunisten am schwächsten sind.

Es ist im Westen zu einem gern geübten Spiel geworden, über unsere Sattheit zu spotten. Wohlstand ist jedoch keine Schande, sofern es sich um anständig erworbenen und einigermaßen gerecht verteilten Wohlstand handelt. Wohlstand ist an sich auch keine Schwäche. Wir haben es nicht nötig, die ideologische Geschlossenheit des Ostens zu fürchten. Wir brauchen keine Gegen-Ideologie. Wir erleben, daß westlicher Wohlstand vom Osten zum Maßstab und teilweise zum Vorbild proklamiert wird. Wer heute Ost und West an den Maßstäben von Wohlstand und Freiheit mißt, kommt zu dem Ergebnis: Der Kommunismus propagiert und verspricht den Wohlstand, die Freiheit verspricht er nicht einmal.

Ich bin überzeugt, wir können die Herausforderung des Kommunismus annehmen. Wir müssen den Frieden sichern und die Spielregeln finden, um wirtschaftlich, politisch und geistig frei zu sein für das Ringen mit der anderen Welt, das man friedliche Koexistenz nennt. Diesen Kampf werden wir gewinnen!

Stärker auf die Zone einwirken

Wir können uns eine selbstbewußte Ostpolitik leisten. Wir müssen endlich unsere Passivität überwinden und geistig und politisch stärker auf die Zone einwirken. Nicht einmal Ulbricht kann sich erlauben, die Wiedervereinigung, die er nicht will, öffentlich abzuschreiben. Was immer die Zonenmachthaber tun, sie können nicht ignorieren, daß es das andere, eigentliche Deutschland gibt. Alles, was die Bundesrepublik versteinern läßt, dient Ulbricht. Wir haben keine Politik der chinesischen Mauer nötig. Polizeiverordnungen sind kein Ersatz für fehlende Politik.

So gefährlich es wäre, an der Verantwortung der vier Mächte für die Lösung der deutschen Frage auch nur leise zu rühren, so klar ist doch, daß es um unsere eigene Sache geht. Und selbst wenn wir es wollten, wird man uns nicht gestatten, die Hände in den Schoß zu legen und auf ein Wunder zu warten.

Deutsche Außenpolitik darf nicht zur bloßen Akklamation der Politik anderer werden. Der beste Verbündete ist nicht der Jasager, sondern derjenige, der in voller Verantwortung auch seine Gesichtspunkte zum Tragen bringt. Der volle Beitrag der Bundesrepublik für den Westen kann erst fruchtbar werden, wenn wir uns nicht vor eigenen Ideen scheuen. Wir werden das Vertrauen unserer Freunde nur bewahren und neu gewinnen, wenn wir mit ihnen unsere selbständig erarbeiteten Vorschläge und Einwände besprechen, um dann unser Gewicht ohne Vorbehalt in die Waagschale werfen zu können.

Zwei Seiten des einen Sicherheits-Themas

Diese Einstellung wird auch unsere Verteidigungspolitik bestimmen, für die unsere Bündnistreue oberste Richtschnur ist. Im übrigen werden wir organisatorisch der Tatsache Rechnung tragen, daß Bewaffnung und Abrüstung nur zwei Seiten des einen Themas, der unteilbaren Sicherheit, sind. Auch damit befinden wir uns in Übereinstimmung mit unseren Verbündeten.

Die explosive Zunahme der Bevölkerung, die eine Verdoppelung der Menschheit in 40 Jahren bis zur Jahrtausendwende erwarten läßt, und das Ende des klassischen Kolonialismus erfordern eine deutsche Politik gegenüber den Entwicklungsländern, die zwei Gesichtspunkten Rechnung trägt: Keiner von uns ist reich, solange es Kinder gibt auf dieser Welt, die eine Mahlzeit als Luxus empfinden. Das ist widernatürlich, genauso widernatürlich wie die Tatsache, daß die Zonenpropaganda die Bundesrepublik in vielen Entwicklungsländern überrundet hat. In Wahrheit aber sind die Völker, die ihr Selbstbestimmungsrecht errungen haben oder dabei sind, es zu erringen, unsere natürlichen Freunde.

Und zum anderen: Wir haben unsere Hilfe und unsere Modelle anzubieten, damit jedes dieser Völker sie schöpferisch entsprechend der eigenen Tradition umformt. Ich bin auch hier mit Kennedy der Meinung, daß es einer dynamischen Außenpolitik in der Schlacht um die Seelen Asiens und Afrikas bedarf. Dabei verbietet der Respekt vor der Selbstbestimmung dieser Völker, ihren eigenen Weg durch uns abstecken zu wollen. Wir haben hierzu konstruktive Vorschläge unterbreitet.

Neue Initiativen der Europapolitik

Um die Europapolitik steht es nicht gut. Eine engere wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit bleibt dringend erforderlich. Nachdem Frankreich bzw. seine Staatsführung nicht zu glauben scheint, auf die klassischen Attribute der souveränen Nation verzichten zu können, erscheint eine umfassende Integrationspolitik nicht sehr aussichtsreich. Das europäische Schiff liegt in einem seichten Wasser und in einer Flaute. Neue Initiativen sind nötig, um Europa über die traditionelle bloße Zusammenarbeit hinauszubringen. Das gilt für ganz Europa.

Der allgemeine Kurs unserer Außenpolitik liegt fest. Es geht darum, neue Schwerpunkte zu bilden, manche Akzente anders zu setzen, frische Impulse einzubringen und die Methodik zu überprüfen. Im übrigen weiß jeder, daß ich meine Berliner Erfahrung nie vergessen werde: Wir wissen, was es bedeutet, von dem als richtig erkannten Weg nicht abzuirren und gute Freunde zu haben.

Es würde — fassen Sie das bitte nicht als Unbescheidenheit auf, wenn ich es sage — der bundesdeutschen Politik überhaupt gut bekommen, wenn ihr stärkere Berliner Impulse zugeführt würden. Wir haben erkannt, daß in kritischen Zeiten die demokratischen Kräfte eng zusammenwirken müssen. Man muß fähig sein, sich auf das Wesentliche und das Verbindende zu besinnen. Diesen Geist möchte ich in die künftige Bundespolitik einbringen.

Liebe Freunde! Wenn wir die Forderung nach mehr Gemeinsamkeit in den Lebensfragen unseres Volkes erheben, so hat das nichts mit taktischen Erwägungen zu tun. Gerade auf dem Gebiet der Außenpolitik kommen wir mit Rechthaberei und mit dem Monopolanspruch auf Sachverstand nicht weiter.

Eintracht fördert den Frieden

Hier hat niemand Grund zum Triumph. Die Unionspartei hat nicht erreichen können, was sie versprach: daß die Westintegration und die Wiederbewaffnung mit einer gewissen Automatik zur Wiedervereinigung führen würde. Die Sozialdemokratische Partei hat nicht erproben können, ob mit anderen Methoden bessere Ergebnisse zu erlangen waren. Es steht nicht gut um die gesamtdeutsche Sache. Tatsache ist sogar, daß nicht einmal das deutsche Ansehen so gefestigt ist, wie es zeitweilig scheinen mochte.

In einer solchen Situation gilt auch für uns das Wort, das Winston Churchill, als er in überaus kritischer Zeit die Regierung seines Landes übernehmen mußte, gesagt hat. Er sagte: „Wenn wir einen Streit zwischen der Gegenwart und der Vergangenheit anfangen, dann geraten wir in Gefahr, die Zukunft zu verlieren." In einer solchen Situation müssen alle guten Kräfte und alle brauchbaren Ideen in den Dienst der gemeinsamen Sache gestellt werden. Ich bin in einer Hansestadt aufgewachsen, an deren Holstentor die Worte stehen: „Concordia domi — foris pax." Es ist immer noch so. Die Eintracht im Innern fördert auch den Frieden nach außen.

Das Bemühen um mehr Gemeinsamkeit entspricht einer staatspolitischen Notwendigkeit. Wenn die jetzige Regierung die gemeinsame Politik in den Existenzfragen unseres Volkes nicht erreicht, dann werden wir sie erreichen. Die Frage der Gemeinsamkeit wird — unabhängig vom Wahlkampf — nicht mehr von der Tagesordnung der deutschen Politik verschwinden.

Wir können es uns nämlich einfach nicht leisten, durch ein Freund-Feind-Verhältnis uns auch noch in der Bundesrepublik spalten zu lassen. Wir

können Gegner sein, die hart in der Sache miteinander ringen; aber das darf nicht den Blick dafür trüben, daß alle verantwortlichen Kräfte dem Gebot der Partnerschaft zu gehorchen haben.

Das Bemühen um mehr Gemeinsamkeit hat auch seine innenpolitische Bedeutung. Alle Parteien stehen unter der Verantwortung, die ihnen das Grundgesetz auferlegt. Man kann und soll um die jeweilige Entscheidung ringen, aber Gesetz ist Gesetz und Vertrag bleibt Vertrag.

Man mag fragen: Wird nicht die Entscheidung des Volkes erschwert, wenn die Parteien einander näherkommen, wenn mehr Gemeinsamkeit praktiziert werden sollte?

Lassen Sie mich antworten: In einer gesunden und sich fortentwickelnden Demokratie ist es nichts Ungewöhnliches, sondern dort ist es das Normale, daß die Parteien auf einer Reihe von Gebieten ähnliche, sogar inhaltsgleiche Forderungen vertreten. Die Frage der Prioritäten, der Rangordnung der zu lösenden Aufgaben, die Methoden und Akzente, das wird immer mehr zum Inhalt der politischen Meinungsbildung.

Ich werde nicht nur um redliche Zusammenarbeit und sachlichen Ausgleich bemüht sein, ich werde mich um die Unterstützung von Fachleuten, vor allem jüngeren Kräften, bemühen, auch wenn sie keiner Partei angehören.

Der bisherige politische Stil in der Bundesrepublik — und dafür trägt die Unionspartei ein gerüttelt Maß Verantwortung —, der bisherige politische Stil ist gekennzeichnet durch sehr viel Selbstgerechtigkeit, Rechthaberei, kleinliche Schmähsucht, Überheblichkeit, Anmaßung und Machtgier. Allzuoft ist es von dort bis zur Verdächtigung, Verleumdung und Verketzerung nur ein kurzer Abstand gewesen.

Was wir aber brauchen, wenn die Demokratie in unserem Volk Wurzel schlagen soll und wenn wir mit den vor uns liegenden schwierigen Problemen fertig werden wollen, sind Bescheidenheit, Redlichkeit, Offenheit, sind Duldsamkeit und Achtung vor der Meinung und dem Wert des anderen, ist Sinn für die gemeinsame Verantwortung. Gerade das ist es, was wir mit einer deutschen Politik neuen Stils meinen.

Wir werden einen sachlichen Wahlkampf führen

Unsere junge Generation hat nichts übrig für Gezänk. Sie ist skeptisch gegenüber Dogmen. Sie will wissen, was ist, wohin die Reise geht, welche Aufgaben vor uns liegen und wie sie gelöst werden sollen. Die junge Generation in Deutschland will die Gemeinsamkeit und die Anständigkeit, diese beiden Grundpfeiler der Politik neuen Stils.

Wir werden uns das Gesetz des Handelns nicht von anderen vorschreiben lassen. Wir brauchen keinen sachlichen Wahlkampf vorzuschlagen, wir werden einen sachlichen Wahlkampf führen! Und ich darf hinzufügen: einen wirksamen Wahlkampf und — wenn es nach uns geht — einen kurzen Wahlkampf.

Lassen Sie mich dieses Angebot hier vor aller Öffentlichkeit aussprechen. Ich werde von mir aus alles tun, um den gegenwärtigen Bundeskanzler für einen fairen, sachlichen Wahlkampf zu gewinnen. Bis dahin werden wir ehrlich bemüht sein, einige Grundsätze gemeinsamer Außenpolitik erarbeiten zu helfen. Hierzu sollte gehören, daß das Thema Berlin nicht in die Mühle überflüssiger Polemik gerät. Niemand könnte das verantworten.

Das ganze Volk hat hart gearbeitet

Und zum Schluß, werte Anwesende, liebe Freunde, wenn wir den Weg überblicken, den unser Volk in der Bundesrepublik in den anderthalb Jahrzehnten seit dem Zusammenbruch zurückgelegt hat, den Weg hinaus aus den Trümmern, dem Kummer und der Verzweiflung, dann empfinden wir alle miteinander ein Gefühl des Stolzes. Wir dürfen stolz sein, daß in so kurzer Zeit soviel geleistet werden konnte. Dazu bekennen sich auch diejenigen, die im einzelnen andere Methoden bevorzugt haben würden, um für unser Volk noch mehr zu erreichen.

Aber niemand, keine Person, keine Gruppe, keine Partei hat das Recht, für sich allein in Anspruch zu nehmen, was das Ergebnis harter Arbeit eines ganzen Volkes ist, was Angehörige aller Schichten in den Städten und auf dem Lande, in den Fabriken, Laboratorien und Büros geleistet haben.

Es ging in diesen Nachkriegsjahren nicht nur um das Überleben. Wir wollten auch der Welt zeigen, daß unser Volk zwar in den Abgrund der nationalen Katastrophe geblickt hatte, daß es sich aber nicht aufgegeben hat. Äußere Umstände sind uns zugute gekommen. Der Marshall-Plan spielte die Rolle einer häufig schon vergessenen Initialzündung. Der Zwang zur Modernisierung unseres Produktionsapparates war stark. Die Millionen von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen bedeuteten nicht nur scheinbar unlösbare Probleme. Sie brachten eine kräftige Zufuhr von Energien — auch das muß einmal gesagt werden —, ohne die wir es nicht so gut geschafft hätten. Es läuft letzten Endes alles doch darauf hinaus, daß die Arbeitskraft und der Behauptungswille unserer Menschen, das technische und organisatorische Vermögen unseres Volkes das unmöglich Erscheinende möglich gemacht haben.

Kanzler ohne jede Gesamtschau

Wir brauchen uns nicht eines Lebensstandards zu schämen, der das Ergebnis fleißiger Arbeit ist. Wir haben ihn uns ehrlich erarbeitet. Der Aufbau wird selbstverständlich weitergehen.

Was in der letzten Woche der Parteivorsitzende der CDU an vielen Einzelheiten versprochen hat, Schulen und Krankenhäuser, ein Programm „von der NATO bis zur Schwiegermutter", wie es eine Zeitung überschrieb, das ist nicht aufregend. Diese Ansammlung von Zufälligkeiten ließ jede Gesamtschau vermissen. Unser Programm, den Lebensstandard noch in dieser Generation zu verdoppeln, verlangt keine Wunder. Wir haben theoretisch und praktisch die Voraussetzungen dafür.

Der Lebensstandard allein macht es aber nicht. Unser Volk wird nicht bestehen können, wenn es zugunsten eines egoistischen Materialismus seine geistigen und ethischen Werte verkümmern läßt. Es muß vor einer Staatsmoral gewarnt werden, die über dem Gewinnstreben die Gemeinschaftsaufgaben ignoriert. Um es mit aller Deutlichkeit zu sagen: Mit der denkfaulen Parole „Weiter wie bisher" kommen wir nicht voran. Man muß den Mut haben, von den großen gemeinschaftlichen Aufgaben zu sprechen, die vor uns liegen. Das erfordert Anstrengungen, die uns allen abverlangt werden. Ich habe schon gesagt, wir wollen nicht alles ändern, sondern vieles besser machen. Ich füge hinzu, wir wollen und wir werden nicht allen alles versprechen, sondern wir werden offen sagen, daß neue Kraftanstrengungen nötig sind, weil wir sonst einen Krebsgang antreten werden und in der Welt von morgen nicht bestehen können.

Viel Mißtrauen ist noch abzubauen

Von keiner Regierung darf man das Unmögliche erwarten, aber man darf erwarten, daß sie dem Volke ein wahrhaftiges Bild vermittelt von der Lage, in der sich dieses Volk befindet. Wie sieht es denn wirklich aus?

Wir müssen erkennen, daß es weithin nicht gut steht mit unserem Ansehen in der Welt. Ich habe mich davon auf mancher meiner Auslandsreisen, auch bei dem Besuch in der vorigen Woche in Griechenland, in Israel und in Italien, überzeugen können. Ich habe dabei feststellen müssen, daß es immer wieder nötig ist, Mißtrauen abzubauen, Vertrauen zu gewinnen. Ich habe mich bemüht, freundschaftliche Bande zu knüpfen, unsere Stellung in der Welt stärken zu helfen. Ich habe beispielsweise die Stellung unserer Vertriebenen erklärt und hatte mich mit den negativen Nachwirkungen mancher Sonntagsrede auseinanderzusetzen. Es ist dann peinlich, wenn einem

bei solchen Gelegenheiten ausgerechnet Mitglieder der Bundesregierung in den Rücken fallen.

Vieles, was schon gewonnen schien, muß erst wirklich gewonnen werden. Das hängt auch damit zusammen, daß der gegenwärtige Bundeskanzler es leider nicht vermocht hat, das Vertrauen des Auslandes zu seiner Person auf das deutsche Volk zu übertragen. Es hängt auch damit zusammen, daß man sich nicht ohne Schaden an der Vergangenheit vorbeidrücken kann.

Kampf jeglicher Unmenschlichkeit

Dieses unser Volk hat in den letzten Jahrzehnten eine tragische Geschichte durchgemacht. Es ist immer wieder hin- und hergerissen worden. Es hat für Verirrungen schrecklich bezahlen müssen. Wir waren nahe jener Katastrophe, die das Ende als Nation bedeutet hätte, und heute, da unser Volk gespalten ist, gibt es Kräfte, die die Gegensätze im freien Teil Deutschlands noch weiter aufreißen wollen.

Wir sollten uns zusammenfinden zum Beispiel in dem positiven Bekenntnis, daß es sittlich und politisch eine Pflicht ist, die Unmenschlichkeit zu bekämpfen, in welcher Form auch immer sie auftritt. Wir verlangen heute den Widerstand gegen jede Form der Gewaltherrschaft. Wir setzen bei der Bevölkerung der Zone die Bereitschaft zum geistigen und moralischen Widerstand gegen ein von Deutschen ausgeübtes Diktaturregime voraus. Wir betrachten es als ein Unterpfand künftiger Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes, daß in der Zone deutsche Patrioten Widerstand leisten und dafür in die Kerker wandern oder ihre engere Heimat verlassen. Ist aber der Kampf gegen kommunistische Unmenschlichkeit patriotische Pflicht, so darf der Kampf gegen die braune Unmenschlichkeit nicht nachträglich mit anderen Maßen gemessen werden.

Wer die Emigration an sich verdächtigt, beschimpft gleichzeitig die Flüchtlinge aus der Zone, die innerhalb ihres eigenen Vaterlandes emigrieren. Wer unter der Hand Emigrantenhetze betreibt, wird zum Bazillenträger einer bösen Geschichtslegende und belastet in frevelhafter Weise unser Verhältnis zum befreundeten Ausland.

Unser Volk muß sich mit sich selbst aussöhnen. Wir müssen gewiß unterscheiden zwischen Schuld und Irrtum. Jeder von uns weiß um die schrecklichen Verbrechen der Vergangenheit. Wir wissen aber auch, wieviel Idealismus mißbraucht worden ist, und es gibt niemanden, der frei ist von Fehlern, und jeder sollte nach seiner Schuld oder seinem Versagen suchen, bevor er auf den anderen mit dem Finger zeigt.

In diesem Geist müssen wir uns mit der Vergangenheit auseinandersetzen, indem wir sie anerkennen mit allem, was sie ausmacht. Das Gras wachsen lassen, ist keine brauchbare Therapie. Wir müssen mit unserer Geschichte ins reine kommen, und diese Geschichte fängt nicht erst 1949 an. Sie fängt auch nicht in Bonn am Rhein an.

Unser Volk hat an seiner Geschichte, zu der wir uns bekennen müssen, nicht leicht zu tragen. Viel wäre uns in den letzten 60 oder 80 Jahren erspart geblieben, wenn nicht immer wieder eiserne Vorhänge mitten durch die Nation gezogen worden wären.

Wir hier sind stolz auf die fast hundertjährige Geschichte dieser Partei. Sie hat Glanz und Elend unseres Vaterlandes miterlebt, aber auch wir sind nur ein Teil der deutschen Geschichte. Das, was heute Deutschland ausmacht, stammt aus vielen Quellen. Otto von Bismarck und August Bebel, Friedrich Ebert und Gustav Stresemann, Julius Leber und Graf Stauffenberg, Ernst Reuter und Theodor Heuss, sie alle gehören zu diesem Volk. Kein Schweigen aber kann das Schreckliche vergessen machen, das sich an den Namen Hitlers knüpft. Das alles gehört zu unserer Geschichte. Wir müssen sie als Einheit sehen.

Für das Gesindel um den Verführer reichten die strengsten Normen der Strafgesetze nicht aus. Aber die millionenfache Opferbereitschaft der Bevölkerung kann nicht verachtet werden, nur weil sie schändlich und verbrecherisch mißbraucht wurde. Viele, die einem Irrglauben nachhingen und dafür mit dem Opfer der besten Jahre ihres Lebens bestraft wurden, hatten mit den Verbrechern gewiß keine Gemeinsamkeiten.

Bemühen wir uns alle, dazu beizutragen, daß die innere Spaltung überwunden wird, damit wir die äußere Spaltung unseres Vaterlandes meistern können. Wir alle sollten uns nicht von Quertreibern in die ausgetretenen Pfade böser Irrtümer drücken lassen. Wir können aus unserer Geschichte ohnehin nicht austreten.

Wir alle sind eine Familie

Abraham Lincoln hat in einer tödlichen Krise für die Einheit seines Volkes das Bibelwort aufgegriffen, daß ein in sich gespaltenes Haus nicht bestehen kann. Das gilt für die Vergangenheit, das gilt auch für die Gegenwart unseres gespaltenen Volkes. Wir dürfen der jungen Generation kein unwürdiges Bild bieten, und wir dürfen ihr nicht aufbürden oder hinterlassen, was sie nicht zu verantworten hat und was sie mit Recht nicht zu tragen bereit ist. Wir sind alle e i n e Familie. Deshalb muß unser Volk endlich

den Frieden mit sich selbst machen. Daran möchte ich nach besten Kräften mitwirken.

Auch das gehört zum neuen Stil, den wir in die deutsche Politik einführen wollen. Man wird uns das nicht leichtmachen. Wir stehen vor harten Auseinandersetzungen. Aber wir haben gute Chancen, sie erfolgreich zu bestehen.

Es wird im nächsten Jahr um mehr gehen als um eine Partei. Es wird um eine Entscheidung für eine gesunde Weiterentwicklung unseres Volkes gerungen werden.

Vertrauen in die Zukunft des Volkes

Wir möchten keinem unserer Mitbürger mehr abverlangen, als er zu geben bereit und in der Lage ist. Wir müssen Respekt haben vor denen, die das vorige Mal meinten, es sollte alles beim alten bleiben. Aber wir werden um die Einsicht unserer Mitbürger ringen, daß diesmal eine kontinuierliche und positive Weiterentwicklung eingeleitet werden muß. Es darf auf dem Wege dahin nicht zuviel Porzellan zerschlagen werden.

Wir appellieren nicht an Denkfaulheit und Anspruchslosigkeit. Wir erwarten einiges von unseren Mitbürgern, und wir dürfen es wohl tun.

Ich verbürge mich dafür, daß wir unseren Weg als Regierungspartei besonnen, beharrlich und mit Festigkeit gehen werden. Unsere Sache ist gut. Ich bitte um Vertrauen, um Vertrauen in die Zukunft unseres Volkes.

Der Inhaber des Amtes, für das ich nominiert worden bin, steht unter dem im Grundgesetz vorgeschriebenen Eid, er werde seine

> Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen,
> seinen Nutzen mehren,
> Schaden von ihm wenden,
> das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen,
> seine Pflichten gewissenhaft erfüllen
> und Gerechtigkeit gegen jedermann üben.

Daran werde ich mich halten! So wahr mir Gott helfe!

Der Appell von Hannover

Wir leben in einer Welt voller Gefahren.

Viele fürchten für die Sicherheit der Heimat und die Früchte ihrer Arbeit.

Wir alle fragen: Kann es trotz dieser Gefahren, trotz der kommunistischen Bedrohung gelingen, den Frieden zu erhalten, unsere Freiheit und das Erbe unserer Kinder zu bewahren, das ganze deutsche Volk in einem ungeteilten Staat wieder zusammenzuführen?

Wir brauchen nicht in Furcht zu leben!

Dauernde Sicherheit und allgemeiner Wohlstand sind zu schaffen. Wir dürfen bei dem bisher Erreichten aber nicht stehenbleiben. Wenn wir Schritt halten wollen, müssen wir vorwärts, Seite an Seite mit unseren Freunden überall in der Welt.

Wir werden die Ärmel wieder aufkrempeln müssen. In den Jahren des Aufbaues haben wir gezeigt, daß unser Volk schier Unmögliches bewältigen kann, wenn wir alle an einem Strang ziehen.

Jetzt stecken wir unsere Ziele weiter!

Mit der Tüchtigkeit unseres Volkes und der Kraft unserer Volkswirtschaft können wir eine Hoffnung von heute zur Wirklichkeit von morgen machen: die Verdoppelung unseres Lebensstandards noch in dieser Generation! So wird jeder endlich die Freiheit gewinnen, sein Leben würdig einzurichten.

Dies aber erreichen wir nicht mit einer Politik der Rechthaberei, der Verhärtung, der Eigensucht — dies schaffen wir nur mit einer Politik neuen

Stils, einer Politik der Redlichkeit, der Sachlichkeit, der Zusammenarbeit, des Ausgleichs. Wir brauchen mehr freiheitlichen Geist und Duldsamkeit in unserem staatlichen Leben; wir brauchen Härte gegen alle Feinde der Demokratie.

Deutschland muß eine Regierung haben,

deren Wirtschaftspolitik Freiheit und soziale Verantwortung verbindet, die den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht verhindert, die für Stadt und Land gerechten Wohlstand schafft, die mit der Eigentumsbildung für alle Ernst macht: Das eigene Heim, der eigene Wagen, die Deutsche Volksaktie sind berechtigter Anspruch und ehrlich verdient.

Deutschland muß eine Regierung haben,

die umsichtig über die Gesundheit unseres Volkes wacht, die für einen zur wirklichen Erholung ausreichenden Urlaub sorgt, die die wirtschaftlichen und sittlichen Aufgaben der Familie gewährleistet, die jedem nach getaner Arbeit einen von materieller Sorge freien Lebensabend sichert, die den Bürger vor staatlicher Willkür schützt.

Deutschland muß eine Regierung haben,

die die Herausforderung der kommunistischen Welt annimmt und ihr nicht nur mit militärischen Rüstungen, sondern auch mit geistiger und sozialer Aufrüstung begegnet, die darum die technischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Begabungen in unserem Volk fruchtbar werden läßt, die den jungen Menschen die besten Schulen und Ausbildungsstätten verschafft und allen den Weg zu Bildung und beruflichem Aufstieg frei macht.

Deutschland muß eine Regierung haben,

die fest und unbeirrbar in der Gemeinschaft der freien Völker steht, die bereit ist, für den Aufbau Europas und für die Förderung weltweiter Zusammenarbeit zu leisten, was notwendig und möglich ist, die alle Verpflichtungen der Bundesrepublik in der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft redlich erfüllt und die Bundeswehr wirksam ausrüstet.

Deutschland muß eine Regierung haben,

die gleichzeitig jede Möglichkeit fördert, das atomare Wettrüsten zu beenden und zu einer internationalen Rüstungskontrolle und Abrüstung beizutragen,

die sich für ihre Außenpolitik um eine breite Grundlage bemüht, die mit dem Gewicht des ganzen Volkes ohne nationalistischen Übermut unser Recht auf Selbstbestimmung und Wiedervereinigung vertritt,

die zusammen mit ihren Verbündeten die Rechte Berlins wahrt und jede Trennung der Hauptstadt Deutschlands vom Westen verhindert.

Heute haben wir die Mittel, den sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen und die Bundesrepublik zu einem Bollwerk der Freiheit zu machen.

Andere Zeiten erfordern andere Männer. Mit den unverbrauchten Energien der jungen Generation müssen frische Kräfte ans Werk.

Darum muß Willy Brandt Bundeskanzler werden!

An alle Deutschen ergeht der Appell:

Miteinander — nicht gegeneinander schaffen wir ein freies, geeintes, glückliches deutsches Vaterland in einer freien, friedlichen Welt!

Pressestimmen

zum SPD-Parteitag in Hannover vom 21. bis 25. Nov. 1960

Entschlossenheit

Mit Mut und Entschlossenheit hat Willy Brandt die Sozialdemokraten daran gehindert, sich auf einen Weg zu begeben, der ihnen nicht von der eigenen Führung, sondern von Konrad Adenauer vorgeschrieben gewesen wäre. Nur wer das persönliche Risiko nicht scheut, kann sich die Autorität vor der Gefolgschaft bewahren. Brandt hat das Risiko nicht gefürchtet, und er hat gewonnen. Der Nachdruck, mit dem er die Bündnisverpflichtungen über alle anderen Erwägungen stellte, hat sicher auch manche Unklarheiten außerhalb der Partei beseitigt.

„Die Welt" vom 25. November 1960

Ein klarer Sieg

Willy Brandt hat nichts beschönigt, nichts verniedlicht, nichts verheimlicht. Er hat als Politiker analysiert, als Mensch gesprochen und gewarnt, als möglicher Regierungschef die Konsequenzen aufgezeigt. Das war mutig, das war ehrlich, das war überzeugend. Er hat den Parteitag überzeugt — nicht spontan, nicht im Sturmschritt, sondern in zäher, in eindringlicher Art.

In der Politik zählt das Ergebnis. Es ist klar, es ist eindeutig. Der Sieg des Kanzlerkandidaten war nicht leicht, und er war für niemanden bequem. Aber es war ein Sieg, ein klarer Sieg.

„Neue Ruhr Zeitung" vom 22. November 1960

Bestanden

Willy Brandt hat seine Feuerprobe bestanden. Er hat den Wählern bewiesen, daß der Kanzlerkandidat keine Gallionsfigur des Parteivorstandes ist; er hat dem Volk bewiesen, daß ihm die Sicherheit der Bundesrepublik genauso am Herzen liegt wie dem Bundeskanzler, er hat den deutschen Soldaten bewiesen, daß auch eine sozialdemokratische Bundesregierung sie nicht mangelhaft bewaffnet lassen würde, Brandt hat vor allem gezeigt, daß er nicht nur die Macht anstrebt, sondern von ihr auch einen vernünftigen Gebrauch machen würde.

Neben ihn haben sich in Hannover die beiden Männer gestellt, ohne die Brandt nicht in dieser Form hätte auftreten können, Herbert Wehner und Fritz Erler. Diese drei haben der Wandlungsfähigkeit der SPD viel zugemutet. Der Parteitag hat die notwendige Klärung gebracht. Ohne Klarheit kann in unserer Zeit keine Partei bestehen. Die Menschen erwarten heute keine idealistischen Programme, sondern praktische Vorschläge. Willy Brandt ist ein Kind dieser Zeit. Er scheint stark genug, um erfolgreich zu sein, er ist jung genug, um auch Rückschläge ertragen zu können.

„Frankfurter Rundschau" vom 25. November 1960

Alt und unverbraucht

Ein Satz in der Rede Brandts verriet, wie er diesen persönlichen Kampf anzulegen gedenkt. Es gehe, so sagte Brandt, nicht um den Unterschied zwischen herkömmlichen und atomaren Waffen, vielmehr habe der Wähler zwischen den alten und den unverbrauchten Kräften in der deutschen Politik seine Entscheidung zu treffen. Hier hat man die sozialdemokratische Zauberformel für die Bundestagswahlen des Jahres 1961 vor sich. Im Geiste sollen die Wähler den im nächsten Jahr 85jährigen Adenauer und den beinahe nur halb so alten Brandt vergleichen und der Jugend den Vorzug geben. *„General-Anzeiger Bonn" vom 25. November 1960*

Brandt beherrscht die Szene

In der Tat muß man sich fragen, ob nicht eine Überbetonung der Atomwaffenfrage im Wahlkampf der Regierungspartei selbst schaden könnte. Viele Wähler, die 1953 und 1957 für Adenauer gestimmt haben, sind wahrscheinlich nicht allzuweit von der Auffassung entfernt, wie sie in der SPD-Resolution von Hannover zum Ausdruck kommt. Nach diesem Parteitag wird man schwerlich mehr die vielgehörte Behauptung aufrechterhalten können, Brandt sei nichts weiter als eine Gallionsfigur der Partei, ein Mann, der von Wehner geschoben würde. Alles in allem ist es erstaunlich, was für ein Profil Brandt in den letzten Jahren gewonnen hat. Weiß der Wähler nun, woran er mit dem neuen Kurs der SPD ist? Woran er mit dem Kanzlerkandidaten ist? Wer zu lesen versteht und verstehen will, muß zugeben, daß Brandt nicht nur eine taktische, sondern eine politische Konzeption hat. Daß jeder sozialdemokratische Kanzlerkandidat auf den außenpolitischen Verpflichtungen weiterbauen müßte, wurde in Hannover nicht ernsthaft bestritten. Auch eine sozialdemokratische Regierung, das

sagte Brandt klipp und klar, würde nicht die Wehrpflicht abschaffen. In der Atomfrage war es das Klügste, was er tun konnte, sich den notwendigen Spielraum nicht einengen zu lassen. Das wichtigste Ergebnis von Hannover bleibt, daß sich ein Kandidat der SPD für das höchste Regierungsamt eine politische Plattform verschaffen konnte.

„Süddeutsche Zeitung" vom 25. November 1960

SPD-Modellprogramm

Es mag in vielen Chargen der Partei und nicht zuletzt auch bei den Gewerkschaften über diese neue programmatisch nun festgelegte Partei noch viele Diskussionen und Auseinandersetzungen geben. Es werden sich aber daraus zwei wichtige Erscheinungen nicht ergeben: Einmal wird ein Weg zurück nicht mehr möglich sein. Dazu haben die neuen Programmatiker diese Partei in ihren jetzt vorgetragenen Hauptpunkten viel zu sehr festgelegt. Als zweites ist eine linkssozialistische Spaltung, sofern irgendwelche Träumer sich mit solchen Gedanken tragen sollten, von vornherein zum Scheitern verurteilt. Denn die Verhältnisse die sind nicht so.

Auf alle Fälle dürfte nach ruhigem Betrachten der Forderungen in der Innenpolitik vor allem und in der Außenpolitik nicht weniger der alte Kämpe Dr. Adenauer kein leichtes Spiel haben, wenn er versuchen sollte, die Sozialdemokraten mit dem Berliner Regierenden Widerstandsbürgermeister an der Spitze nach altem Spiel zu diffamieren.

Für eine Regierungsbeteiligung der SPD spricht auch die Tatsache, daß die Bundesrepublik im nächsten und in den folgenden Jahren aller demokratischen Kräfte bedürfen wird, um die politischen Stürme von West und Ost her unbeschadet zu bestehen.

„Frankfurter Rundschau" vom 26. November 1960

. . . und der sich selber nicht schont

Brandt hat dem Parteitag gezeigt, daß er ein harter Wahlkämpfer ist. Er hat mit Offenheit über seine uneheliche Herkunft, seine Namensänderung und seine Emigration gesprochen.

Ein Thema, das in der Wahlkampfflüsterpropaganda bereits eine Rolle spielt. Er hat sich nicht im geringsten geschont, und man sollte annehmen, daß dies auch seinem Wahlkampfgegner Respekt abnötigt.

„Süddeutsche Zeitung" vom 26. November 1960